

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Monatlich: Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Christ-Dundes).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 172A.

Nr. 63.

Berlin, Mittwoch, 9. August 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Unsere Jugendbewegung. — 12. ordentlicher Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Schneider. — Auch die Wermeister sollen Rechte gegen die Organisationszugehörigkeit unterschreiben. — Die kirchlichen Gewerksvereine gegen die Evangelischen Arbeitervereine. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

## Unsere Jugendbewegung.

Ungefähr ein Jahr ist es jetzt her, seit die Jugendbewegung auch in den Deutschen Gewerksvereinen in Fluss gekommen ist. Mit Eifer und Begeisterung nahm sich ein Teil namentlich der jüngeren Kollegen der Sache an; andere brachten ihr ein passives Wohlwollen entgegen oder standen ihr teilnahmslos gegenüber; wieder andere rätionierten, daß man erst so spät an die Organisation der Jugend herangehen solle. Aber anfangs nun alles anzubieten, das vermeintlich Veräußerte nachzuholen, begnügte man sich mit unfruchtbarer Kritik, ohne auch nur das geringste zur Förderung der Jugendbewegung zu tun. Trotzdem hat dieselbe erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Trotz der mannigfaltigsten und größten Schwierigkeiten, die sich immer und immer wieder in den Weg stellten, gewinnt unsere Jugendorganisation mehr und mehr an Boden, und seine Nummer unserer Jugendzeitung „Die Sonne“ geht hinaus, ohne daß die Zahl der im Verbandskalender aufgeführten Orte eine Bergabwärtsbewegung erfahren hätte. Gewiß ein gutes Zeichen, das uns zu den besten Hoffnungen für die Zukunft der Jugendorganisation und auch der Deutschen Gewerksvereine berechtigt!

Daß auch die Leitungen der einzelnen Berufs-gewerksvereine den Wert und die Bedeutung der Jugendbewegung für unsere Gesamtorganisation gebührend einschätzen, dafür spricht am lautesten die Tatsache, daß sämtliche in diesem Jahre abgehaltenen Delegiertentage sich mit der Angelegenheit beschäftigt und der Jugendorganisation moralische und finanzielle Unterstützung zugesagt haben. Das wird zweifellos auch geschehen auf den Generalversammlungen der Bergarbeiter und Schneider, die kurzzeitig tagen. Freilich hätte hier und da mit etwas reichlicherem Maße gemessen werden können. Indessen mancher Delegierte hielt eine gewisse Zurückhaltung noch für angebracht, wegen mancherlei unliebsamer Vorgänge in der Jugendbewegung, andererseits, weil man noch nicht recht wußte, wie der Saft lief. Das wird jetzt anders werden. Anfang September findet in Berlin die erste allgemeine Jugendkonferenz statt, zu der sämtliche Jugendabteilungen aus den Reihen ihrer aktiven und passiven Mitglieder Delegierte zu entsenden be-rechtigt sind. Wenn nicht alles trügt, wird die Beteiligung an diesem Jugendverbandstage, wie man jene Zusammenkunft wohl nennen darf, eine recht rege werden. Auch an Arbeit dürfte es nicht fehlen. Außer den Anträgen, die aus den einzelnen Orten gestellt werden, gilt es vor allen Dingen ein allgemeines Organisationsstatut zu beraten, zu dem ein Entwurf vom Berliner Jugendaus-schuß bereits vorliegt, sowie einheitliche Richtlinien festzulegen, nach denen in der nächsten Zeit an der Gewinnung der Jugend erfolgreich gearbeitet werden kann. Ferner wird die Jugendkonferenz auch einen Zentral-Jugendauschuß wählen müssen, der diejenigen den Hauptvorstand bildet.

Die Vorarbeiten sind geleistet, und auch die Jugendkonferenz wird es an Eifer nicht fehlen lassen. Trotz alledem kann die Bewegung nicht den erwiderten Erfolg haben, wenn nicht die Gewerksvereinskollegen selbst sie energischer unterstützen. Mit Recht schrieb uns kürzlich ein rühriges Mitglied einer Berliner Jugendabteilung, daß vor einem Jahre eine große Begeisterung für die Or-

ganisation der Jugend vorhanden gewesen zu sein scheint, jetzt aber davon nur wenig noch zu spüren sei. Eine solche Begeisterung könne unmöglich echt gewesen sein. Diesen Vorwurf dürfen die Gewerksvereinskollegen nicht auf sich sitzen lassen. Sie müssen vielmehr durch die Tat beweisen, daß auch sie die Wahrheit des Wortes erkannt haben: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft!“ Jedenfalls muß die bevorstehende Jugendkonferenz ein neuer Anstoß sein, überall im Reiche an die Gründung von Jugendabteilungen heranzugehen und dort, wo solche bereits bestehen, für ihre Vergrößerung und Stärkung einzutreten.

Es ist eine betrübliche Erscheinung, daß in vielen kleinen Ortsverbänden die Organisation der Jugend in die Hand genommen worden ist und man gute Erfolge damit erzielt hat; dagegen große Ortsverbände, von denen man in erster Linie ein energisches Vorgehen in dieser so wichtigen Angelegenheit hätte erwarten dürfen, die rühren sich nicht, als ob sie die ganze Geschichte nichts anginge. Das darf so nicht weitergehen, sondern es muß unbedingt und schleunig Wandel geschaffen werden. Als Organisation, zu deren Aufgaben es gehört, die Arbeiterschaft auch geistig und sittlich zu heben, müssen die Deutschen Gewerksvereine auch in der Jugendbewegung rüstig mitmarschieren. Wir müssen die heranwachsenden jungen Leute von schlechter Gesellschaft fernzuhalten, sie dafür in geeigneter Weise zu unterhalten und zu willensstärken, selbstbewußten und gebildeten Persönlichkeiten zu erziehen bemüht sein. Dazu muß ein jeder gern die Hand bieten, und denkende Eltern werden gern ihre Kinder für derartige Bestrebungen zur Verfügung stellen. Dann aber kann es auch nicht schwer sein, namentlich in größeren Städten eine Jugendabteilung ins Leben zu rufen. Darum, Gewerksvereinskollegen, jetzt frisch ans Werk! Und ihr, Gewerksvereinsfrauen, fördert unsere Bewegung, indem ihr darauf dringt, daß eure Söhne und Töchter sich der Jugendabteilung anschließen!

Leider aber läßt auch dort, wo die Jugendorganisation bereits feste Wurzeln gefaßt hat, der Eifer der älteren Kollegen viel zu wünschen übrig. Wohl findet sich in der Regel gleich eine Anzahl bereit, als passive Mitglieder mitzumachen. Sie bejahen den geringen Monatsbeitrag und lassen sich auch in der ersten Zeit hin und wieder einmal in der Jugendabteilung sehen. Allmählich aber schläft ihr Interesse ein, und die Beitragsleistung ist schließlich das einzige, was sie für die Jugend noch übrig haben. Das bedeutet keine Förderung unserer Jugendbewegung. Werken die jungen Leute aber, daß auch die älteren Kollegen ihren Bestrebungen teilnahmslos und gleichgültig gegenüberstehen, dann erlischt naturgemäß bei ihnen nach und nach ebenfalls das Interesse, und die Abteilung kommt nicht mehr vorwärts, sie bleibt stehen, vegetiert schließlich nur noch und löst sich endlich auf.

Wie oft kann manerner nicht in den Berichten der Jugendlichen in der „Sonne“ lesen, daß diese Verlang nach einer Veranstaltung wohl einen recht schönen Verlauf genommen habe, von einer Beteiligung der älteren Gewerksvereinskollegen aber nichts zu spüren gewesen sei. Die Klagen und Beschwerden darüber sind oftmals in nicht gerade schmeichelhafte Worte gekleidet. Und kann man den jungen Leuten Unrecht geben, wenn sie, unwillig über die Interesselosigkeit der Älteren, erklären, sie möchten am liebsten auf jede Unterstützung verzichten und würden schon von selbst vorwärts kommen?

Deshalb fort mit der Arbeit und der Gleichgültigkeit unserer Jugendbewegung gegenüber! Wir können sie nicht entbehren, da sie uns zum Teil den Erfolg für die Ältern, die Auscheidenden liefern muß. Darum ist ein jeder von uns verpflichtet, sie vorwärts zu bringen und zu unterstützen, und zwar

nicht nur durch die Zahlung von ein paar wenigen Mitgliederbeitrag, sondern durch tätige Mitwirkung. Die Freunde der Jugend, die als Leiter an der Spitze der Abteilungen wirken, haben eine große und verantwortungsvolle Arbeit zu leisten, die sie nur bewältigen können, wenn sie auch auf die Unterstützung ihrer Gewerksvereinskollegen, besonders der jungen und ledigen, rechnen können. Hier gilt es eine Ehrenpflicht zu erfüllen, und deshalb hoffen wir, daß dieser Appell zur Förderung unserer Jugendbewegung nicht ungehört verhallt, sondern dazu beiträgt, daß neue Freunde sich in den Dienst der guten Sache stellen und mit dazu beitragen, daß in allerhöchster Zeit sich ein recht stattliches Heer unter dem Banner unserer Jugendorganisation versammelt hat, das entschlossen ist, auch in der Zukunft für die Ideen der Deutschen Gewerksvereine zu kämpfen, bis der Sieg unser ist.

## 12. ordentlicher Delegiertentag des Gewerksvereins der Deutschen Schneider.

Die Vorberauskunft wurde am Sonntag nachmittags 1½ Uhr im „Weißen Saal“ des Verbandsbauhauses durch den Vorsitzenden des Gewerksvereins, Kollegen Krüger, mit einer längeren Ansprache und einem freundlichen Willkommensgruß an die Delegierten eröffnet. Darauf richtete der Verbandskassierer, Kollege Klein, der im Auftrag des Zentralrats an den Verhandlungen teilnimmt, herzliche Begrüßungsworte an die Delegierten, und im Namen der Berliner Mitglieder hieß der Kollege Wüch die Abgeordneten willkommen. Die Präzidenzliste ergab die Anwesenheit folgender Delegierten: Kausch-Königsberg, Keffitzke-Danzig, Lohje-Stettin, Lehmann-Stettin, Porschardt-Stettin, Engel-Finkenwalde, Bonke-Stolz, Domagala-Mogau, Haiber-Berlin I, Schwallmann-Berlin III, Koski-Berlin V, Zahn-Potsdam, Vindig-Viegnitz, Sächgen-Görlitz, Volandt-Weipzig I, Ruppel-Merseburg, Fr. Scherz-Jena, Vogt-Hagen, Appel-Mannheim und Weber-Neustadt a. S. Sämtliche Mandate wurden von der Prüfungskommission als richtig anerkannt. Zur Leitung der Verhandlungen wurden berufen als Vorsitzende Lohje-Stettin und Keffitzke-Danzig, als Schriftführer Volandt-Weipzig und Sächgen-Görlitz. Mit der Führung des Protokolls ist der Kollege Töpfer-Jena betraut.

Von Hauptvorstand sind die Kollegen Krüger, Schwerdtfeger und Busche anwesend, von den Haupttreisoren der Kollege Prillow.

Die vorliegende Geschäftsordnung wurde mit unwesentlichen Abänderungen, die Tagesordnung unverändert angenommen. Für einen Antrag des Vorklubsverbandes Berlin, den Ortsverein Berlin III zu erüchten, den Anschließ zu vollziehen, wurde die Dringlichkeit ausgesprochen. Dagegen wurde sie abgelehnt für einen Antrag Volkand-Weipzig, ein Mitglied der Beidwerdekommission zu den Verhandlungen über die vorliegenden Beidwerden hinzuzuziehen. Den in ähnlicher Manier stehenden Kollegen in Breslau wurden in einer einstimmig angenommenen Resolution die Entpatrien des Delegiertentages ausgesprochen.

Nach Vereingung zahlreicher Begrüßungsschreiben und Telegramme aus Breslau, Danzig, Dresden, Elberfeld, Dirschberg, Jena, Stettin, sowie von den in Bremen tagenden Sekretariatskonferenz wurde sodann die Vorberauskunft um 6 Uhr geschlossen. Die Delegierten begaben sich hierauf in den festlich geschmückten großen Saal, in welchem inzwischen die Berliner Kollegen mit ihren Familien zahlreich zu der zu Ehren der Delegierten veranstalteten Feier erschienen waren. Bald herrschte hier ein reges Leben und Treiben. Die vorzüglichsten Darbie-

tungen durch Prolog, Konzert, Ansprachen und ausgezeichneten Theatervorstellungen unterhielten die Anwesenden auf das Beste, und ein schönes Tanzfest hielt die Teilnehmer bis spät in die Nacht zusammen.

Die Hauptverhandlungen begannen Montag früh mit dem vom Hauptschriftführer Schwertfeger erstatteten Tätigkeitsbericht über die letzten drei Jahre. Der Bericht lag den Delegierten gedruckt vor und gab ein anschauliches Bild eifriger Agitation und großen Fleißes zur Vergrößerung des Gewerksvereins. Zahlreiche Tarifverträge konnten mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen werden. Aber auch Kämpfe blieben dem Gewerksverein nicht erspart. Vielfach kam es zu Streiks und Lohnbewegungen, in welche der Hauptvorstand eingreifen mußte, um die Forderungen der Mitglieder zur Durchführung zu bringen. Auch interessantes statistisches Material enthielt der Bericht in reicher Fülle, so daß er eine rege Diskussion auslöste, an der sich wohl sämtliche Delegierten und Vertreter beteiligten. Von allen Seiten wurde die Frage der Agitation erörtert, ihre energische Betreibung gefordert und dabei manche wichtige Anregung gegeben. Anerkannt wurde ferner in der Aussprache, daß durch die vereinbarten Tarife und die geführten Lohnbewegungen namhafte Verbesserungen für die Mitglieder sowohl hinsichtlich der Arbeitszeit wie der Lohnverhältnisse erzielt worden sind.

### Auch die Werkmeister sollen Reversse gegen die Organisationszugehörigkeit unterschreiben.

In einem mit „Unerhörte Zumutungen“ überschriebenen Artikel führt die „Werkmeister-Zeitung“ folgende Klage:

„Es ist den Kollegen, die die sozialpolitischen Vorgänge innerhalb des Reiches mit Sorgfalt verfolgen, sicher nicht unbekannt, daß den Arbeitern Reversse vorgelegt wurden, die sie zum Austritt aus der Organisation verpflichten, die sie zwingen, auch Organisationen nicht zu unterstützen, die bei Streiks oder Aussperrungen Unterstützungen irgendwelcher Art gewähren. Ein Arbeiter, der etwa etwas Rückgrat hat, der auch etwas moralisches Selbstbewußtsein besitzt, wird natürlich solche Reversse nicht unterschreiben. Jeder, der in der Fabrik tätig ist, ist verpflichtet, nur seine vollen Kräfte dem Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen; im übrigen ist er ein vollkommen freier Mann. Er braucht sich also hier keinerlei Vorschriften machen zu lassen. Es gibt auch eine bestimmte Arbeitsmoral, die man hochhalten muß, die auch für den Arbeitgeber unantastbar sein mußte. Das Vorgehen der Arbeitgeber erschütterte das Ehrgefühl der Arbeiter, mangelhafte Moralbegriffe entwickelten sich daraus, all das schadet dem großen Ganzen. Es ist klar, daß solche Personen, die weiches Wachs in den Händen fremder Personen sind, auch für den Staat keine wertvollen Kräfte sind, ferner im deutschen Wirtschaftsleben ihre Aufgabe gar nicht oder nur unvollkommen erfüllen. Wir brauchen im Reich selbstbewußte Kräfte, keine Sklaven. Und sie zu erziehen, ist Aufgabe der politischen Parteien, Aufgabe der Arbeitgeber. Deshalb sollte kein Arbeitgeber seine Hand dazu bieten, den Zwang, den er infolge des Arbeitsverhältnisses auf den Arbeiter ausüben kann, in solch unmoralischer Weise auszunutzen.“

Unerhört ist es aber, daß man scheinbar auch Werkmeister verpflichten will, solche Reversse zu unterschreiben. Es sind uns solche Reversse übermittelt worden. Sie haben folgenden Wortlaut:

„Ich erkläre hiermit, daß ich weder in den letzten 2 Monaten noch gegenwärtig einer Organisation angehöre oder angehöre, welche bei Streiks oder Aussperrungen Unterstützungen irgend welcher Art gewährt.“

Ich verpflichte mich unter Bezugnahme auf diese Erklärung für den Fall, daß mich meine Arbeitgeberin infolge einer Aussperrung nicht weiter beschäftigen kann, und unter der Voraussetzung, daß sie mir während der Dauer der Aussperrung und bis zu längstens 13 Wochen  $\frac{2}{3}$  meines bisherigen Stundenlohnes zahlt, mich meiner Arbeitgeberin auf die Zeit der normalen Arbeitsdauer zur Verfügung zu halten. Ich verpflichte mich ferner, keinerlei Unterstützungen an Aussperrte oder streikende Arbeiter oder deren Vereinigungen zu leisten, meiner Arbeitgeberin sofort Mitteilung zu machen, wenn ich eine andere Beschäftigung annehme, und nach Beendigung der Aussperrung die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.“

Ich erkläre mich auch bereit, im Falle einer Aussperrung andere Arbeit als solche, für die ich angenommen bin, oder andere als Fabrikbetriebsarbeiten, auch Arbeiten, welche für Rechnung Dritter auszuführen sind, unter der Bedingung zu leisten, daß mir dafür mein bisheriger DurchschnittsStundenlohn weiterbezahlt wird, für welchen Fall ich auf die obige Entschädigung von  $\frac{2}{3}$  meines Stundenlohnes verzichte.“

Es ist mir bekannt, daß ich mich eines Betrugs schuldig machen würde, wenn ich verschwäge, daß ich einer der oben gekennzeichneten Organisationen angehöre.

(Datum) . . . . .  
(Name) . . . . .

Wir brauchen darüber keine weiteren Worte zu verlieren. Wir bedauern es außerordentlich, daß sich unter den Arbeitgebern jemand findet, der auch den Meistern gegenüber, die die rechte Hand des Chefs sind, zu solchen merkwürdigen Manipulationen greift. Das Vertrauen, die gegenseitige Wertschätzung schwindet dadurch vollkommen. Heute schon sind irgendwelche persönlichen Beziehungen nicht mehr vorhanden. Allein die Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit verknüpft den Angestellten und Werkmeister mit dem Betriebe. Aber durch solche Manipulationen muß sich der Angestellte und Arbeiter noch mehr vergrößern. Wir hoffen, daß unter Kollegen Solidaritätsgefühl zur Genüge vorhanden ist, daß sie ohne weiteres die Unterschrift solcher Reversse verweigern, trotzdem wir darin nur einen Ausnahmefall sehen. Es erfordert das schon die Müchtheit gegen die eigene Person. Persönliche Freiheit muß sich jeder jedermann gegenüber sichern, sei es dem Arbeitgeber, den Behörden oder anderen Personen gegenüber. Das ist eine so selbstverständliche Pflicht, daß man darüber gar nicht zu reden braucht. Und wenn jemand die Unterschrift eines solchen Reversse ablehnt, dann tut er nicht nur sich, dem Stande und der Gesamtheit gegenüber keine Pflicht und Schandigkeit, sondern in erster Linie dem Staate, dem solche Personen, die etwas Ehrgefühl haben, und die sich keiner dritten Person gegenüber etwas vergeben, am liebsten sein sollen und müssen.“

### Die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine gegen die evangelischen Arbeitervereine.

Unter dieser verheißungsvollen Überschrift veröffentlicht das christlich-soziale Wochenblatt „Die Arbeit“ in seiner Nr. 31 vom 5. August einen gütiggedankvollen Artikel gegen unsere Organisation. Wir wissen ja, daß in diesen Kreisen schon lange Kräfte an der Arbeit sind, die Mitglieder der Gewerkvereine nach dem Muster der katholischen Arbeitervereine auch aus den evangelischen Arbeitervereinen herauszudrängen. Bis dato allerdings mit negativem Erfolge. Auf der Tagung in Göttingen am 30. Juli sollte nun ein Hauptpunkt gegen die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine geführt werden, wozu ein Flugblatt, das nur den Fehler besaß, fünf Jahre alt zu sein, herhalten mußte. Man hat aber auch hiernit nicht den gewünschten Erfolg gehabt und macht jetzt seinem bedrängten Herzen durch folgende fleißigste Anrempelung in der „Arbeit“ Luft:

„Daß die Hirsch-Dunderschen freiwirtschaftlichen Gewerkvereine die evangelischen Arbeitervereine lediglich als Konkurrenz für ihre absterbende Bewegung benutzen, wußten wir längst und haben uns gewundert, daß die Führer dem so ruhig zusehen. Mitarbeit haben sie in Rheinland-Westfalen nie und nirgends geleistet — man zeige uns die arbeitenden Hirsche — dagegen waren sie aber stets mit ihrer an Ducerulanten um grenzenden Opposition auf dem Planc, um so positive Arbeit der Bewegung zu fördern. Jetzt aber werden diese Hirsche auch noch frech. Auf der Verbandsversammlung in Göttingen kam zu Sprache, daß Hirsch-Dundersche Gewerkvereine die evangelischen Arbeitervereine Kapitalnechte und Schleppenträger der Schorfmacher genannt hätten. Man protestiert — mit Worten, und alles bleibt beim alten. Nun, die Hirsche wissen eben, was sie den evangelischen Arbeitervereinen alles bieten können. Wie lange will die Leitung des Verbandes diese unwürdige Haltung gegenüber den Hirschen beibehalten? Geht es so weiter, verlieren andere die Lust der Mitarbeit!“

Man wird zugestehen müssen, daß hier wirklich eine „feine“ Nummer „geistiger“ Journalist verzapft wird. Die Flugblattanlegenheit selbst, ist durch eine Erklärung des Bezirksleiters Giesliff berichtigt worden. Das Flugblatt war nur die Folge der damaligen geradezu bößhaften Bekämpfung der Gewerkvereine seitens der christlichen Gewerkschaften, die damals bei den Wahlen noch ein Kompromiß mit den evangelischen Arbeitervereinen geschlossen hatten, was ja heute nicht mehr der Fall ist.

Aber in dem Artikel der „Arbeit“, macht der Ton die Musik. Gerade jene Leute, die sich in der Bekämpfung der Sozialdemokratie möglichst viele tun und nach ihrer Schreib- und Sprechweise jeden Morgen zum Frühstück ein ganzes Duzend „Genossen“ mit Haut und Haaren vergebren wollen, scheuen sich nicht, aus dem sozialdemokratischen Schimpfwortlexikon ihre Waffen gegen die Deutschen Gewerkschaften zu beziehen. Genau wie in der sozialdemokratischen Presse, fällt man in der „Arbeit“ nur von „Hirschen“. Für sie gilt das Sprichwort:

Selten habt ihr mich verstanden, seltener noch verstand ich euch,  
Doch wo wir im Knot uns fanden, da verstanden wir uns gleich!

Lassen wir dem christlich-sozialen Blättchen das Vergnügen, sich auf Gemeinplätzen der Sozialdemokratie zu tummeln. Damit kann man die Gewerkschaften nicht aus den evangelischen Arbeitervereinen hinausschleusen. Aber protestieren werden sie gegen diese perfide Anrempelung, daß sie angeblich keine praktische Mitarbeit leisten und den Ducerulanten spielen. Solche Kampfweise klärt die Geister und zeigt die angeblichen Förderer der evangelischen Arbeitervereine in ihrer wahren Gestalt. Die Gewerkschaften werden den Kampf gegen Verleumdung und Niedertracht aufzunehmen wissen. Man mache aber nach jensei Kreise dafür verantwortlich, die durch derartige unangelegte Anrempelungen den Kampf heraufbeschworen haben. Für sie wäre es wirklich notwendig, nach den Grundätzen der evangelischen Arbeitervereine zu verfahren. x.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 8. August 1911.

**Kentengüter für Industriearbeiter.** Ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Landflucht ist die Gewährung eines kleinen Eigentums an Grund und Boden an ländliche Arbeiter. In Alpreußen, Pommern und Frankfurt a. O. sind denn auch gemeinnützige Gesellschaften entstanden, die in richtiger Erkenntnis dieser Tatsache mit Erfolg daran tätig sind, Arbeiter an die Scholle zu fesseln. Das hat zur Nachahmung gereizt. Mit dem Sitz in Leipzig-Stötteritz hat sich neuerdings eine Kentengütergesellschaft gebildet, die sich die Ansiedlung ländlicher Arbeiter auf gemeinnützigem Wege zur Aufgabe stellt. Das Gelände der Gesellschaft liegt unweit Leipzig auf preussischem Boden. Die einzelnen Klübe erhalten eine Größe von 1250 Quadratmetern und kosten einschließlich der Straßenbefestigung rund 3000 Mark. Da sich der Bau des Hauses mit Eigenwohnung und einer kleinen Mietwohnung auf 5000 Mark stellt, so belaufen sich die Gesamtkosten auf 8000 Mark. Es sind jedoch auch größere Stellen vorgesehen, die sich zur Anlage von Gärtnereien usw. eignen. Der Käufer muß für den Erwerb des Kentengutes 1500 Mark aufwenden, der Rest kann nach dem Gesetz von 1891 gegen eine jährliche Rente von  $\frac{3}{4}$  Prozent Zinsen und 1 Proz. Amortisation innerhalb 30 Jahren getilgt werden. Der Käufer erzielt durch die Vermietung der kleinen Mietwohnungen einen Ertrag und hat außerdem die Gartennutzung von fast einem halben Morgen Land. Die Kentengüter sind jederzeit als freies Eigentum wiederverkauflich, jedoch hat die Gesellschaft ein Vorkaufsrecht.

Gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen hat die Eisenbahndirektion Berlin folgende Verfügung erlassen:

„Es werden neuerdings lebhaftere Anstrengungen gemacht, um die Beamten und Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke werden insbesondere Flugblätter und periodische Agitationschriften verbreitet. Vor derartigen Drucksachen, die das Ziel haben, Unzufriedenheit unter den Bediensteten zu erregen und das gute Verhältnis zwischen der Verwaltung und dem Personal zu stören, wird nachdrücklich gewarnt. Das Mitbringen solcher Flugblätter und sonstiger ordnungswidriger Agitationschriften zur Dienst- oder Arbeitsstätte oder ihre Weitergabe wird als Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen angesehen, die ebenso wie jede andere Beteiligung in dieser Richtung die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung oder die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben wird.“

Eine beachtenswerte Warnung für Arbeiter hat in diesen Tagen die Handelskammer in Mainz veröffentlicht. Darin heißt es nämlich:

„Von ausländischen Firmen ist in letzter Zeit wiederholt der Versuch gemacht worden, sich unter verschiedenen Vorwänden heimlich oder durch Vermittlung auf drei Jahre angestellte deutsche Arbeiter (auch nach einigen Monaten) zu entlassen. Die Entlassung erfolgt dann, wenn die Firma glaubt, daß die den Arbeitern beigegebenen einheimischen Lehrlinge so weit ausgebildet sind, daß die Arbeit von diesen verrichtet werden kann. Die Arbeiter werden dann als faul und nachlässig und deshalb als konstantbrüchig hingestellt, in Wirklichkeit aber wird gesucht, die Leute um den versprochenen Lohn zu bringen und sie zu zwingen, billige Dienste zu leisten. Da die deutschen Arbeiter in selbigen Fällen infolge des meist wohlüberlegten Wortlautes der Verträge auf gerichtlichem Wege gegen die betreffenden Firmen in den jeweils in Betracht kommenden Staaten nichts auszurichten vermögen, so wird hierdurch öffentlich Vorzicht bei der Annahme einer Anstellung im Auslande anempfohlen.“

Stagen über Vorgänge wie sie in dieser Barung geschildert werden, kann man öfters hören. Eshalb verdient die Mahnung zur Vorsicht durch die Mainz Handelsskammer nicht nur Taus und Erkennung, sondern auch vor allen Dingen Beachtung durch die deutlichen Arbeiter.

Unter der Rubrik „Sich-Dunkleriana“ veröffentlicht die frei-gewerkschaftliche „Metallarbeiter-Zeitung“ hin und wieder Notizen zu dem Zwecke, die Deutschen Gewerksvereine und insbesondere den Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter in der Deffentlichkeit herabzusetzen. Bekanntlich ist den Verbändlern im Kampfe gegen uns kein Mittel zu schlecht, und so bilden denn Klüge und Verleumdung die Hauptwaffen. Das gilt auch von einer Notiz in der letzten Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“, die in der Hauptsache gegen den Kollegen Weihen in Bremen gerichtet ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß in so wenigen Sätzen so viel Unwahrheiten enthalten sein können wie in jener Notiz. Das Material, auf das sich die „Metallarbeiter-Zeitung“ stützt, hat sie von Leuten, die aus dem Gewerksverein ausgeschlossen sind und nun ihre Rache dadurch zu fühlen versuchen, daß sie den Verräter spielen — möchten. Diese Elemente, die die Kloden haben läuten hören, aber nicht wissen, wo sie hängen, dienen der „Metallarbeiterzeitung“ als Schmutzzeugen gegen die Gewerksvereine. Im gewöhnlichen Leben bringt man derartigen Verräter Verachtung entgegen. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ aber entwürdigt sich so tief, daß sie sich zur Ablagerungstätte der geistigen Produkte von Neugegaten und ausgeschlossenen Mitgliedern mißbrauchen läßt. Nun, über den Gesandten läßt sich bekanntlich nicht streiten. Auf die Angelegenheit selbst näher eingehen, verlohnt sich nicht der Mühe. Ebenso wie die sozialdemokratische „Bremer Bürgerzeitung“ gezwungen worden ist, eine Verächtigung aufzunehmen, ist auch der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom Kollegen Weihen-Bremen eine Verächtigung zugegangen, von der man wohl annehmen darf, daß sie veröffentlicht werden wird. Bedauerlich ist es, daß von Organisationen, die im Grunde genommen dasselbe Ziel verfolgen, so schätzbare Kampfmittel in Anwendung gebracht werden. Das Ansehen der Arbeiterbewegung wird dadurch wahrlich nicht gehoben.

**Arbeiterbewegung.** In der Metallindustrie geht es zurzeit recht lebhaft her. In Nürnberg kam es in den Nischspielwarenfabriken vor kurzem zu Differenzen darüber, daß in einem Betrieb die Arbeiter in den Streik traten. Die Arbeitgeber beschloßen darauf 60 Prozent aller Arbeiter anzusperrn, worauf die Arbeitnehmer mit der Verbängung des Generalstreiks antworteten. Etwa 3000 Personen sind daran beteiligt. — In Darmen-Elberfeld dauert der Streik der Metallarbeiter, deren Zahl sich auf etwa 1500 beläuft, ebenfalls fort. — In Düsseldorf sind an 60 Eisen-gießereien und Maschinenfabriken Forderungen eingereicht worden, die in der Hauptsache die Verkürzung der Arbeitszeit betreffen. Etwa ein Drittel der Firmen hat die Forderungen bewilligt. In mehreren Betrieben stehen die Arbeiter in Rindigung, und bei drei Firmen mit etwa 500 Arbeitern ist es bereits zum Kampfe gekommen. — In der elektrotechnischen Fabrik von Max Schach in Rheindt sind die Dreher, Schlosser und andere Metallarbeiter in den Ausstand getreten. Sie wollen eine bessere Bezahlung der Ueberstunden, bessere Behandlung, Schaffung eines Speiseraumes und gleichmäßige Affordberechnung erringen. — Ein gewaltiger Kampf tobte in Leipzig. Infolge des Streiks in der Selbstmetallindustrie sind zunächst in Leipzig am vergangenen Sonnabend rund 10 000 Metallarbeiter, das sind 60 Prozent der Gesamtzahl, ausgesperrt worden. Indessen die Leipziger Metallindustriellen sollen von dem sächsischen Kartell unterstützt werden, und auch der Hauptverband in Berlin ist aufgefordert worden, in den Kampf einzugreifen. Nach den letzten Zeitungsnachrichten hat denn auch bereits der Verband thüringischer Metallindustrieller ebenfalls 60 Prozent aller Metallarbeiter ausgesperrt. In mehreren Betrieben haben darauf die nicht betroffenen Arbeiter die Arbeit niedergelegt, so daß die Betriebe gänzlich ruhen. — Als vollständig beendet gelten kann der Formertreik in vommerischen Industriegebiet, nachdem durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht in Ledermünde auch in diesen Orten die letzten Differenzen beseitigt worden sind. Die Arbeiter haben alle Urteile, mit dem Verlauf der Bewegung zufrieden zu sein. — 500 Klemmer und Installateure sind in Frankfurt a. M. in den Streik getreten, weil die Forderung auf die Forderungen der Arbeiter, die sich im wesentlichen auf die neunstündige Arbeitszeit und Regelung der Mindestlöhne bezogen, nur ganz

nebensächliche Zugeständnisse gemacht und verflucht hatte. Die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. — Die Arbeiter der Daimler-Werke in Untertürkheim bei Stuttgart haben beschloßen, den Streik aufzugeben. Die streifenden Fräser nehmen die Arbeit wieder auf, ohne daß die beiden entlassenen Arbeiter wieder eingestellt worden sind. — In Berlin ist es den in der Mutterbranche der Damenkonfektion beschäftigten Schneidern gelungen, einen günstigen Tarif abzuschließen. Der Minimallohn für selbständige männliche Arbeiter ist auf 36 und 40 Mark festgesetzt worden, für selbständige Arbeiterinnen auf 26 und 28 Mark. Arbeiterinnen, welche 2 Jahre im Beruf tätig sind, sollen 18 Mark Mindestwochenlohn erhalten. — In der Meißner- und Nennigefabrik von Gebrüder Müller, Farbwerke Düsseldorf A.-G., befinden sich die Arbeiter im Streik, weil eine ihnen versprochene Lohnhöhung nicht nur verweigert, sondern sogar eine weitere Lohnkürzung vorgenommen wurde. — Die Streikbewegung in Ludwigs-hafen ist in der Abnahme begriffen. Die in der Anilinfabrik beschäftigten Arbeiter haben nämlich beschloßen, mit der Direktion wegen Beilegung der Differenzen in Verbindung zu treten. In der sogenannten Wahlmühe dagegen dauert der Streik fort, ohne daß allerdings deshalb der Betrieb eingestellt wurde.

In London ist ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen, an dem über 10 000 Personen beteiligt sind. Wie es heißt, ist die Bewegung ohne Zustimmung der Organisationsleiter begonnen worden, und es wird angenommen, daß, wenn auch zunächst noch eine Ausdehnung des Kampfes stattfindet, derselbe doch bald beendet ist. Auch die Steuere haben sich den Ausständigen zum Teil angeschlossen. — Auf mehreren Bahnen Nordenglands sind die Eisenbahnangestellten in den Streik getreten. Die Bewegung nimmt noch ständig an Ausdehnung zu, so daß auf einigen Strecken der Verkehr vollständig ruht.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Juni hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ zumeist auf der Höhe des Vormonats gehalten; einige große Gewerbe weisen jedoch einen Rückgang auf. Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat die mit der wärmeren Jahreszeit zusammenhängende kleine Abminderung angehalten, die auch im rheinischen Braunkohlenbezirk sich bemerkbar machte. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier, in dem der Streik im Berichtmonat noch anhält, kam eine Veränderung nicht festgestellt werden. Befriedigend war der Beschäftigung im oberirdischen Steinkohlenbergbau und in der Maschinenindustrie. Die Beschäftigung im niederirdischen Steinkohlenbergbau ließ sich zu mündigen übrige. Das Statistikat bezeichnet den Beschäftigung als mäßig. Die Baumwollspinnereien und die Textilindustrie waren mit wenigen Ausnahmen schlecht beschäftigt. Eine weitere Belebung zeigt das Baugewerbe, und einen stotzen Beschäftigung meldet die elektrische und die chemische Industrie.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Juni nachgelassen. Es ergab sich am 1. Juni 1911 gegenüber dem 1. Juni eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähigen krank Gemeldeten von 27 900 (3963 männlichen, 23 937 weiblichen) Mitgliedern. Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen der gleiche geblieben wie im Vormonat, nämlich 109, während er beim weiblichen Geschlecht von 104 im Mai auf 102 zurückgegangen ist.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Juni berichten 53 Fachverbände mit 1 947 441 Mitgliedern; von diesen waren Ende des Monats 1,6 v. H. arbeitslos. Ende Juni 1910 betrug die Arbeitslosenzahl 2,0 v. H., Ende Mai d. J. 1,6 v. H.; es ist also gegenüber dem Vorjahr eine Besserung zu verzeichnen, während der Beschäftigungsgrad nach diesen Arbeitslosenziffern dem Vormonat gegenüber keine Veränderung aufweist.

Die Arbeitsnachweisziffern lassen wie die Berichte der Krankenkassen und die aus der Industrie eine kleine Verschlechterung erkennen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweize, für die vergleichbare Zahlen vorliegen, kamen im Juni 1911 auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 146 Arbeitsgesuche gegen 165 im gleichen Monate des Vorjahres und 144 im Vormonat. Bei weiblichen Personen stellten sich die entsprechenden Ziffern auf 85, 88, bzw. 82.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat sich die Beschäftigung im Berichtmonat auf der Höhe des gleichen Monats des Vorjahres gehalten. Gegenüber dem Vormonat ist jedoch eine Verschlechterung eingetreten, die sich besonders in der Beschäftigung ungelerner Arbeiter bemerkbar machte; für

gelernte Personen ist der Beschäftigungsgrad besser geworden. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg wird die Gesamtzahl des Arbeitsmarktes allgemein als befriedigend, teilweise sogar als günstig bezeichnet, was auch daraus hervorgeht, daß die Zahl der Arbeitgeber, die sich der öffentlichen Arbeitsnachweise bedient, ständig zunimmt. In Seifen, Seifen-Kassa und Waldeck war der Beschäftigungsgrad in der Mehrzahl der Industrien recht gut, doch wird auch hier berichtet, daß für ungelernete Arbeiter eine Abminderung eingetreten sei. Die Berichte aus Bayern, Württemberg und Baden bezeichnen die Lage des Arbeitsmarktes fast durchweg als günstig; vielfach wird über Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern und weiblichen Diensthöfen geklagt. Auch hier wird mehrfach über ein Abflauen in der Beschäftigung ungelerner Arbeiter berichtet.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen betrugen im Juni 140 878 576 Mark, das sind 5 644 495 Mark mehr als im gleichen Monate des Vorjahres. Dies bedeutet eine Mehrerinnahme von 69 Mark oder 2,63 v. H. auf einen Kilometer; dabei ist zu berücksichtigen, daß das Pfingstfest in diesem Jahre in den Juni, 1910 in den Mai fiel.

**Ausweisung wegen Arbeitsverleugung.** Auf dem Rittergut der Familie v. Römer in Neumar in Sachsen werden seit vielen Jahren polnische Arbeiter als sogenannte Sackengänger beschäftigt, die u. a. auch das Getreide mähen müssen, eine Arbeit, die bisher mit der Sense im Akkord ausgeführt wurde. Neuerdings nun soll das Getreide mit der Mähmaschine geladnet und den Arbeitern dafür ein bestimmter Tagelohn gezahlt werden. Den polnischen Arbeitern gefiel diese Neuerung nicht, da sie mit einem Minderverdienst verknüpft war, weshalb sie beschloßen, die Arbeit niederzulegen. Die Folge davon war, daß schon am nächsten Tage sämtliche polnischen Arbeiter wegen Kontraktbruchs ihre Ausweisung aus Sachsen in Stunden hatten, und zwar wurde ihnen aufgetragen, binnen 24 Stunden das sächsische Staatsgebiet zu verlassen.

Hier liegt unseres Erachtens ein derartiger Mißbrauch der Ausweisungsbefugnis vor, daß der sächsische Landtag unbedingt deshalb die Regierung zur Rede stellen muß.

**Fabrikinspektion.** Im letzten Berichtsjahre waren in den deutschen Bundesstaaten im ganzen 543 Beamte im Gewerbeaufsichtsdienste tätig gegenüber 200 in England, 139 in Frankreich, 107 in Oesterreich und 42 in Ungarn. Deutschland hat also mehr Gewerbeaufsichtsbeamte als diese vier Industriestaaten zusammen, obwohl die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe keineswegs viel größer ist. Die Zahl der im Gewerbeaufsichtsdienste tätigen Frauen belief sich bei uns auf 29 gegenüber je 18 in England und Frankreich und 5 in Oesterreich.

Die französischen Arbeiterführer schämen die persönliche und politische Freiheit in der Republik ihres Vaterlandes augenscheinlich nicht allzu hoch. So erzählt jetzt Pvetot, der bei den Berliner Gewerkschaftern die „Schaufkopfrede“ hielt, in der „Bataille Syndicaliste“ seine Reiseindrücke in Deutschland. Pvetot bedauert, daß er sich nicht hat lassen lassen; er hätte müßige Vergleiche anstellen können. Schlimmer, meint er, kann es unter der Regierung des Kaisers auch nicht sein als unter der Caillaux. „Sehenfalls“, fährt er fort, „stehe ich fest, daß ich mit 40 Kameraden, französischen Gewerkschaftern, nach Berlin gehen konnte und daß keiner von uns die geringste Einschränkung erlitten hat. Kein preussischer Büttel hat uns belästigt oder herausgefordert. Wir haben sogar freier sprechen dürfen als in Frankreich. Vor einigen Jahren konnte der zu einer Pariser Volksversammlung eingeladenen Peter Krapotkin in Frankreich nicht landen, und Tom Mann wurde ausgewiesen. Dasselbe würde zweifelsohne auch heute geschehen. Die Berliner Polizei heftete sich dagegen an meine Verleser, nachdem ich gesprochen hatte, und auch das nur auf die Behauptung eines gewissen Teiles der deutschen Presse hin.“

In der Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins, C. Sobienitzstraße 18, findet nach den Ferien die Aufnahme neuer Schüler und Schülerinnen statt. Unterrichtsgegenstände sind: Deutsch (auch für Ausländer), Rechnen, Schreiben, Buchführung, Englisch, Französisch, Stenographie, Zeichnen, Fachzeichnen, Gesang, Turnen. Anmeldungen werden entgegengenommen in der Geschäftsstelle des Vereins Montags, Mittwochs und Sonnabends, abends 9 Uhr. Dasselbe findet auch Unterrichtslehre unentgeltlich zu haben.

